



## Newsletter

*Juni 2018*

Liebe Leserin, lieber Leser,

keine leichten Zeiten für Europa! Erstmals hat Italien das Einlaufen eines Schiffes mit afrikanischen Flüchtlingen verweigert. Die „Schwesterparteien“ CDU und CSU der Regierung in Berlin sind sich so uneinig wie noch nie, Seehofer fordert die Kanzlerin heraus, Ausgang ungewiss. Merkel will und braucht einen Erfolg oder zumindest sichtbaren Fortschritt hin zu einer europäischen Lösung für die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik - wobei im Rat keine Annäherung in Sicht ist. Und im Internet droht eine Zensur - die Abstimmung im Rechtsausschuss unseres Parlaments beschert uns täglich tausende Protest-E-Mails.

Hier nun der Bericht zu meinen aktuellen Arbeitsbereichen, dieses Mal nicht direkt nach der Straßburgwoche und insgesamt zum vorletzten Mal vor der Sommerpause des Europaparlaments.

Herzliche Grüße!

## *Inhalt*

### **I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen**

- Ratsvorbereitung im Europäischen Parlament in Straßburg *Seite 3*
- Einjähriges Bestehen der Unterzeichnung der Istanbul-Konvention durch die EU *Seite 3*
- Aussprache mit dem niederländischen Premierminister Mark Rutte zur Zukunft der EU *Seite 4*

### **II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg**

- Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (Berichterstatlerin) *Seite 5*
- Schnellerer Zugang zu Gesundheitstechnologien HTA (ALDE-Berichterstatlerin) *Seite 5*
- Konferenz mit KAGIDER: Future of Work and the Role of Women Entrepreneurship *Seite 6*
- Donauforum 2018: Konstanz am Schwarzen Meer als Tor zum Atlantik? *Seite 7*
- Die Tiefsee - „deeper than blue“ *Seite 7*

### **III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"**

- Bundesmitgliederversammlung der Liberalen Frauen in Erfurt *Seite 9*
- Alle Jahre wieder: Vorlesung über Lebensmittelgesetzgebung in Bremerhaven *Seite 9*

### **IV. Terminvorschau**

## *1. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen*

### **Ratsvorbereitung im Europäischen Parlament in Straßburg**

Am Dienstag, den 12. Juni ging es in der Plenardebatte in Straßburg sehr hitzig zu. So musste der Rat dem Parlament Auskunft über derzeitige Diskussionen und Ergebnisse liefern. In der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Sicherung der Außengrenzen und Investitionen in den digitalen Sektor habe es demnach Fortschritte im Rat gegeben. Andere Themen ständen nun auf der Agenda, wie die Bankenunion, der Europäische Stabilitätsmechanismus sowie der Brexit. Allerdings konnte in der Frage um die Reformierung des Dublin-Verfahrens bisher keine Einigkeit erzeugt werden. Laut der Dublin-Verordnung ist das Land für die Bearbeitung von Asylanträge verantwortlich, auf dem Flüchtlinge das erste Mal europäischen Boden betreten. Konsequenz der Dublin-Verordnung war, dass besonders die Mittelmeerländer stark belastet worden sind, während andere EU-Staaten kaum oder gar nicht betroffen waren. Schon in der letzten Legislaturperiode kam es zum Bedauern des Parlaments wegen einer Blockade im Rat zu keiner Einigung über die Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedsstaaten, und Dublin blieb bestehen. Im November letzten Jahres hatten wir im Parlament erneut einen Vorschlag zur Reform der Dublin-Verordnung gemacht, um zu einer solidarischeren Lösung zu kommen. Die Diskussion über diesen Vorschlag wurde schlussendlich immer wieder vom Rat vertagt.

Dass es im Rat noch immer zu keinen Fortschritten zur Reformierung der Dublin-Verordnung gekommen war stieß im Parlament bei vielen Seiten auf Unverständnis. Denn Handlungsbedarf ist da, wie wir nun wieder in Italien beobachten konnten. Der italienische Innenminister Matteo Salvini verweigerte einem Flüchtlingsboot die Einreise nach Italien, sodass es zwei Tage vor den Grenzen auf offener See ausharren musste. Währenddessen stritten sich öffentlich Frankreich und Italien um die Verantwortung für die Flüchtlinge, bis Spanien dieses Debakel beendete und die Flüchtlinge einreisen ließ. Die anhaltende Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten führt zu einer Stagnierung in der Frage um die Verteilung von Flüchtlingen. Denn das Vertagen der Entscheidung im Rat bringt solche Situationen hervor, wie wir sie in Italien beobachten können. So betont der Niederländer Frans Timmermans, 1. Vize-Präsident der Europäischen Kommission: „Es stehen nicht nur Menschenleben auf dem Spiel, sondern unsere Menschlichkeit an sich.“ Recht hat er!

Ich bin davon überzeugt, dass die Mitgliedsstaaten statt einer gegenseitigen Schuldzuweisung lieber ihre Energien bündeln und diese für die Arbeit an gemeinsamen europäischen Lösungen nutzen sollten. Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt wurde dazu sehr deutlich: Wenn es zu keiner Entscheidung im Rat kommt, kann dieser laut Artikel 265 Lissabonner Vertrag vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden, denn er käme seiner gesetzgeberischen Funktion nicht länger nach. Ein gegenseitiges Blockieren sehen wir auf der Bundesebene zwischen der CDU und CSU. Wir haben im Parlament eine Grundlage für die Reformierung von Dublin geboten, jetzt liegt es an den Mitgliedsstaaten. Ich finde es inakzeptabel, dass es zu solchen Situationen für Flüchtlinge kommt, wie es nun vor Italien der Fall war: Die Regierungen müssen ihre Streitigkeiten beenden und es ist allerhöchste Zeit zu einer europäischen Lösung zu kommen.

### **Einjähriges Bestehen der Unterzeichnung der Istanbul-Konvention durch die EU**

Nachdem die EU vor genau einem Jahr die Istanbul-Konvention unterzeichnet hat, haben wir am 13. Juni im Plenum in Straßburg eine erste Bilanz gezogen. Laut Statistik hat eine von drei Frauen ab 15 Jahren körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren müssen, nur aufgrund ihres Geschlechtsmerkmals. Die Konvention soll Frauen vor Gewalt schützen und deshalb rechtlich bindend wirken. Bisher haben alle EU-Mitgliedsstaaten die Konvention unterschrieben und doch haben zehn EU Staaten diese noch nicht ratifiziert, darunter die Bundesrepublik. Warum nicht?

Gestoßen wird sich an der Definition von Mann und Frau, bei der das Geschlecht ein soziales Konstrukt sei. So sprechen die rechtspopulistischen Kräfte in den Reihen des Parlaments von „Geschlechterwahnsinn“ und lenken den eigentlichen Fokus der Konvention von der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf die Genderdebatte. Das ist fatal, da damit genau denen in die Karten gespielt wird, die traditionelle, soziale oder kulturelle Zugehörigkeiten als Rechtfertigung für Gewalt gegen Frauen verwenden. Es ist fatal, weil die Rechtspopulisten keine Alternativen erarbeiten, einbringen und etwas an der inakzeptablen Lebensrealität vieler Frauen verändern. Dabei ist der Schutz von Frauen eine Angelegenheit von Frauen und Männern gleichermaßen betont Frans Timmermans, Vizepräsident der

Europäischen Kommission: „Ich bin ein Sohn, ein Ehemann und Vater von zwei Töchtern. (...) ich finde es absolut inakzeptabel, dass meine Frauen nicht besser geschützt werden.“

Derzeit wird an einen Verhaltenskodex gearbeitet, der sich aus der Konvention ableiten soll. Meine österreichische ALDE-Kollegin Angelika Mlinar begrüßt die Fortschritte, die in diesen Verhandlungen gemacht werden, mahnt aber auch die fehlende Ratifizierung bestimmter Mitgliedsstaaten an. Dem kann ich mich nur anschließen. Es ist unerlässlich, dass sich Frauen in Europa und auf der ganzen Welt auf ihre körperliche Unversehrtheit berufen können - Machtdemonstrationen durch Gewalt an Frauen dürfen in unserer aufgeklärten Welt keinen Platz haben. Schließlich handelt es sich bei Frauenrechten um Menschenrechte und um nicht weniger als das.

### **Aussprache mit dem niederländischen Premierminister Mark Rutte zur Zukunft der EU**

In der Reihe über Visionen zur Zukunft Europa fügte sich nun Mark Rutte in die Kette der liberalen Staatsoberhäupter ein mit seiner Rede am Mittwoch den 13. Juni in Straßburg vor dem Europäischen Parlament. Auch er betonte wie seine liberalen Vorgänger, dass die EU dort ansetzen sollte, wo sie auch Mehrwert schaffen könne. Rutte halte es mehr mit Goethe's „In der Beschränkung zeigt sich der Meister“ statt einer immer engeren Union.

Für Rutte bedeute die EU eine Bereitstellung von Sicherheit, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit. Betrachte man die aktuellen internationalen Herausforderungen ließe sich aber ganz klar eine Verschiebung von Macht im multilateralen System erkennen: Russlands Abkapslung von Europa, der Konflikt in Syrien, das Aufsteigen von Wirtschaftsmächten wie Indien und China, aber auch die letzten großen Entscheidungen der USA. Auch deshalb appelliert Rutte daran, die Freundschaft und Allianz mit den Amerikanern nicht aufzugeben, auch wenn der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen und das Iran-Abkommen zu nuklearen Waffen sowie die Einführung von Strafzöllen auf Stahl und Aluminium diese gerade belasten. Die Beziehung zu den USA könne nicht für selbstverständlich genommen werden und man müsse versuchen, so eng wie möglich zusammen zu arbeiten. Um diese Herausforderungen zu meistern sei allerdings Einigkeit notwendig. Einigkeit könne, so Rutte, nicht geschaffen werden indem man einfach in mehr und mehr Bereichen aktiv werde, sondern nur dadurch, dass man sehr gute Politik in wenigen, aber wichtigen Bereichen, mache. Zuerst waren das der Binnenmarkt und die internationale Handelspolitik, danach kam die Währungsunion und der Euro und nun kamen Themen wie Migrationspolitik, die Kontrolle der Außengrenzen und die gemeinsame Sicherheit sowie nun der Klimawandel hinzu. Diese neuen Prioritäten sollen ernst genommen werden. Europa müsse sich für die nächste Migrationskrise vorbereiten.

Schließlich bedeute eine Diskussion über eine Zukunft Europas auch eine Diskussion über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Der Brexit bedeute logischerweise eine Reduzierung des Budgets und keine Erhöhung. Innerhalb dieses Budget sollten große Staaten mehr zahlen, jedoch nicht disproportional. Für Rutte ist es klar, dass neue Prioritäten auch im Budget widerspiegelt werden müsse, jedoch bedeute dies, dass Landwirtschaft und Strukturfonds nicht 70% des Budgets darstellen können.

Unser Fraktionsvorsitzender Guy Verhofstadt gibt Mark Rutte in verschiedenen Punkten Recht, betont aber: „Es geht nicht darum, ob wir mehr von der Europäischen Union oder weniger von der Europäischen Union brauchen. Wir brauchen die Europäische Union, darum sollte es gehen,“ und fügt hinzu „ich mag Ihre Formulierung: Ziel ist eine immer perfektere Union (...), eine effektivere Union.“. Auch ich bin der Meinung, dass es sich bei der Höhe des Budgets um keine Grundsatzfrage, sondern nach einer Frage nach dem „Wie“ handelt. Es muss nachweisbar sein, dass die Investitionen effektiv, planungsreif, nachhaltig und mit europäischem Mehrwert getroffen werden. Insofern stimme ich meinen liberalen Kollegen zu: Ja zu einer EU, die sichtbare Erfolge bringt auf Gebieten wie Luftreinhaltung, die allen Europäern gleichermaßen zu Gute kommt, und Zurückhaltung in Bereichen, die sich nicht für eine Gesetzgebung auf europäischer Ebene eignen und besser in nationaler Kompetenz bleiben sollten.

## ***II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg***

### **Abgabe von Schiffsmüll in Häfen (Berichterstatlerin)**

Nachdem ich die letzten Monate Informationen gesammelt und Gespräche geführt habe, habe ich planmäßig Mitte Juni meinen Berichtsentwurf zur „Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen“ fertiggestellt. Mein englischer Text wird jetzt in alle Amtssprachen übersetzt und am 10. Juli im Verkehrsausschuss vorgestellt. Im Großen und Ganzen unterstütze ich den Kommissionsvorschlag, vor allem das Herzstück der neuen Richtlinie: eine automatische Gebühr für Haushaltsmüll und Plastik für jedes Schiff, das einen EU-Hafen anläuft. Die Idee ist simpel. Wenn jeder ohnehin die Müllabgabe bezahlen muss, spart man auch nichts, wenn der Müll im Meer entsorgt wird. Die Müllgebühren sind gestaffelt nach Art des Schiffes. Ein Kreuzfahrtschiff mit 3000 Passagieren bezahlt natürlich mehr als ein Containerschiff mit 20 Mann Besatzung.

Ich würde auch gerne die Regeln verschärfen, welche Abwasser Schiffe ins Meer leiten dürfen. Vor allem die Rückstände aus sogenannten nassen Scrubbern, mit denen Schwefel aus den Abgasen gefiltert wird, machen mir Sorgen. Die Abgasreinigung bringt nichts, wenn die Rückstände aus den Scrubbern im Meer abgelassen werden und die Schwefelkonzentration als Folge im Wasser ansteigt. Die EU sollte auf UN-Ebene für ein Verbot dieser Praxis kämpfen bzw. Mitgliedstaaten sollten sie in ihren Hoheitsgewässern verbieten, wie schon in Deutschland und Belgien der Fall. Ich habe ebenfalls vorgeschlagen, dass die Häfen auch genügend Einrichtungen für die Entsorgung von Ballastwasser vorsehen. Diese Wassertanks, die für die Stabilität des Schiffes nötig sind, können Tierchen und Bakterien aus fernen Gewässern enthalten, die für die lokale Meeresumwelt schädlich sind.

Außerdem möchte ich, dass Fischer den Müll, der sich während ihrer Arbeit in den Netzen verfängt, umsonst am Hafen abgeben können. Für die Entsorgung sollen hier nicht die Hafennutzer zahlen, sondern die Hersteller der Produkte oder die öffentliche Hand. Schließlich leisten die Fischer einen Dienst an der Allgemeinheit, wenn sie ihren „Müll-Beifang“ oder sogar aktiv „gefischten“ Müll an Land bringen. An anderer Stelle möchte ich die Fischer allerdings mehr in die Pflicht nehmen. Sie müssen eigentlich melden, wenn ein Netz auf See verloren geht. Netze können reißen oder abtreiben. Alte Netze werden aber auch hin und wieder kostengünstig auf See entsorgt. Diese umhertreibenden Fischernetze werden zur tödlichen Falle für viele Meeresbewohner und sind auch ein Sicherheitsrisiko für Schiffe. Deswegen habe ich die Meldepflicht für verlorene Netze in meinen Berichtsentwurf aufgegriffen und konkretisiert.

Wir müssen das Problem Meeresmüll an der Wurzel packen. Eine automatische Müllgebühr soll ja nicht dazu führen, dass die Schiffe bergeweise Müll produzieren, weil sie dafür nicht extra bezahlen müssen. Deswegen sollen Schiffe, die an Bord und beim Einkauf nachweislich Müll vermeiden, mit einer reduzierten Müllgebühr belohnt werden. Ich setze mich außerdem für einige bürokratische Erleichterungen für kleine Häfen ein. Kleine Freizeithäfen sollen zum Beispiel nicht alle fünf Jahre einen Abfallbewirtschaftungsplan erstellen müssen, um nachzuweisen, dass sie genügend Kapazitäten für die angelieferten Abfälle bereitstellen.

### **Schnellerer Zugang zu Gesundheitstechnologien HTA (ALDE-Berichterstatlerin)**

Wie ich bereits berichtete, bin ich von der ALDE zur Berichterstatlerin unserer Fraktion zum Thema „Health Technology Assessment“ – kurz HTA – ernannt worden. HTA ist die Bewertung des Zusatznutzens beispielsweise eines Medikaments. Ist ein neues Medikament für eine bestehende Diagnose vorhanden, muss dieses einem HTA unterzogen werden, damit der Zusatznutzen gegenüber der bestehenden Vergleichstherapie nachgewiesen wird. So wird in jedem Mitgliedsstaat der EU entschieden, ob ein Arzneimittel von der Krankenversicherung erstattet wird. Diese Prozedur muss in jedem EU Mitgliedsstaat separat durchgeführt werden, wohingegen die eigentliche Zulassung (also die Sicherheits- und Wirksamkeitsprüfung) zentral bei der Europäischen Arzneimittelagentur (derzeit noch in London) erfolgt. Es liegt also nahe, die klinische Bewertung des Zusatznutzens ebenfalls nur einmalig durchzuführen. Entscheidungen über Erstattungen ist Sache der Mitgliedsstaaten. Deshalb ist es mir besonders wichtig, in der Debatte darauf zu achten, dass wir klinische und ökonomische Bewertung klar voneinander trennen.



Dennoch halte ich es für sinnvoll, hier eine Vereinfachung anzustreben und eine klinische Bewertung zentral nur noch einmal statt 28 bzw. 27 Mal durchzuführen.

Deutschland und viele andere Mitgliedsstaaten sehen das sehr skeptisch, da sie meinen, dass dadurch zu weit in die nationalen Gesundheitssysteme eingegriffen wird. Um dem entgegenzukommen habe ich einen Antrag eingereicht, dass die Mitgliedsstaaten ein wenig mehr Flexibilität haben, indem sie einige (wenige) zusätzliche Bewertungen durchführen können.

Ich habe weiterhin Änderungen eingereicht, dass Medizinprodukte aus dem Gesetz ausgenommen werden, da die Anwendung derer sich von Arzneimitteln wesentlich unterscheidet. Ob Sie eine Tablette in Frankreich, Deutschland oder Bulgarien einnehmen, ist relativ egal – der Effekt bleibt der gleiche. Bei Medizinprodukten – Herzschrittmachern oder künstlichen Herzklappen etwa – hängt der Erfolg größtenteils von einer Reihe von Faktoren (Spezialisierung des Arztes, des Personals) ab, die einen Vergleich als solchen schwierig machen. Außerdem erstatten die Mitgliedsstaaten unterschiedlich – die meisten legen kein HTA zu Grunde, sondern haben andere Systeme. Man würde ihnen demzufolge ein verbindliches System überstülpen, quasi „umsonst“, da die Erstattungsmuster anders sind.

Ich freue mich auf diese Debatte, da wir im Parlament die Möglichkeit haben, eine starke Gesetzgebung für Arzneimittel zu schreiben und damit dem Rat und den Mitgliedsstaaten insoweit entgegenkommen können, dass wir deren Skepsis in unserer Stellungnahme zumindest zum Teil ausräumen.

### **Konferenz mit KAGIDER: Future of Work and the Role of Women Entrepreneurship**

Auf die liberalen Frauen im letzten Monat folgte nun - zum 4. Mal für mich als Gastgeberin - eine Veranstaltung in Kooperation mit KAGIDER, der Vereinigung türkischer Unternehmerinnen, dieses Mal zur Rolle von Unternehmerinnen in einem von Digitalisierung und Automatisierung geprägten Arbeitsmarkt.

Laut Experten in Studien werden bis 2025 50% der heutigen Jobs aufgrund von künstlicher Intelligenz wegfallen, dafür werden neue Berufe und Arbeitsmodelle entstehen. Auch werden in den nächsten Jahren 90% aller Berufe eine digitale Dimension haben und der Arbeitsmarkt wird sich stark verändern. Gleichzeitig sind Frauen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) unterrepräsentiert: ICT-Studiengänge werden von vier Mal mehr Männern als von Frauen studiert. Wie kann es zu so einer Ungleichheit kommen und wie können es Frauen schaffen in dieser Umgebung erfolgreiche Unternehmen aufzubauen?

Unternehmerinnen wie Ufuk Artan und Heike Schmidt (vom Verband deutscher Unternehmerinnen VDU) berichteten von einer zu geringen Förderung von Frauen in diesem männerdominierten Bereich. Vorurteile wie auch Rollenbilder und eine zu geringe Förderung schränken die Frauen ein, diese Bereiche für sich zu entdecken und ihre eigenen Unternehmen dort zu gründen. Die Essenz der Veranstaltung war klar: Frauen müssen selbstbewusst erzogen, gefördert werden, sich ihrer Stärken bewusst sein und aktiv diese Zukunftsbereiche nach eigenen Vorstellungen mitgestalten. Dafür ist auch ein gut funktionierendes Frauennetzwerk mit erfolgreichen Vorbildern als „Role-Models“ und Mentorinnen absolut erstrebenswert. Frauen haben viele Talente und beste Voraussetzungen als Unternehmerinnen und auch für Führungspositionen. Wie war doch gleich das Motto der VDU-Gründerin? „Wenn mir ein Mann einen Platz in der Straßenbahn anbietet, lehne ich dankend ab und frage stattdessen nach einem Platz im Aufsichtsrat.“

## **Donauforum 2018: Konstanz am Schwarzen Meer als Tor zum Atlantik?**

Schon in der vorigen Wahlperiode hatte ich mit Silvia Ticau, einer rumänischen Kollegin im Verkehrsausschuss, von der immensen Möglichkeit gesprochen die Donau als europäische Verbindung per Schiff von Konstanz bis nach Rotterdam oder sogar bis zum Atlantik zu nutzen. Seit 2014 sitzt mit Claudia Tapardel, ihre rumänische Nachfolgerin, im Parlament, und sie spinnt diesen Faden engagiert weiter und hat dafür vor drei Jahren sogar ein Donauforum ins Leben gerufen, das sich jährlich trifft. Da ich überzeugt davon bin, dass eine stärkere Nutzung unserer Binnenschiffahrtswege nicht nur möglich, sondern auch sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch absolut sinnvoll wäre, nehme ich gern regelmäßig als Rednerin an diesen Foren teil.

Dieses Mal stand der Hafen von Konstanz im Mittelpunkt der Betrachtung: auch mit Hilfe europäischer Gelder wird dort die Kapazität gerade erheblich erweitert. Das hat auch damit zu tun, dass die Chinesen mit der Wiederbelebung der Seidenroute per Bahn eine schnellere Alternative zum üblichen Seeweg schaffen wollen, dabei aber auch Schifffahrtswege über das kaspische Meer und das Schwarze Meer einplanen. Folgerichtig war auch der Betreiber eines Hafens in Georgien auf der östlichen Seite des Schwarzen Meers bei der Konferenz, um die mögliche Rolle seines Hafens bei einem neuen Verkehrsweg darzustellen. Natürlich ist es - selbst für den Fall einer künftig durchgängigen Schifffbarkeit der Donau - unvorstellbar, große Containerschiffe auf diesen Weg zu schicken, aber das Schwarze Meer bietet ja auch andere „Ausgänge“. Kleinere Einheiten wären durchaus denkbar für den Frachtverkehr per Binnenschiff. Ich finde solche Überlegungen wichtig. Denn bei wachsendem Warenverkehr weltweit müssen wir alle denkbaren Transportwege in Betracht ziehen - nicht nur Straße und Schiene, sondern auch Wasserwege.

### **Die Tiefsee - „deeper than blue“**

Haben Sie die Serie „Der blaue Planet“ im Fernsehen verfolgt? Dort wurde uns die geheimnisvolle Welt der Ozeane und der Tiefsee nähergebracht. „Tiefer als blau“ war der Zusatz der Konferenz über die Tiefsee in Brüssel, zu der mein Parlamentskollege und SEARICA-Vizepräsident Ricardo Serrao Santos von den Azoren - selber Meereswissenschaftler - eingeladen hatte. Die Azoren liegen sehr exponiert mitten im Atlantik weit vor den Küsten des europäischen Kontinents, die Bewohner dort leben mit und von dem Ozean. In der Konferenz ging es um Artenvielfalt, Schutz der marinen Biodiversität und den Lebensraum Tiefsee, aber auch um Meeresbergbau - ist er möglich und nötig, wenn ja in welchem Ausmaß, um einerseits den Bedarf an Rohstoffen für unsere Industrie zu decken, ohne andererseits das Meer zu sehr aus dem „Gleichgewicht“ zu bringen?

Ich durfte bei der hochinteressanten Veranstaltung das Schlusswort sprechen. Mein Fazit: Wenn es eines Tages zur „Ernte“ der in mehreren 1000 Metern auf dem Meeresboden liegenden Manganknollen kommen sollte, muss dies in vorher international abgestimmter und wissenschaftlich fundierter Weise erfolgen. Wir wissen bei weitem mehr über den Weltraum als über die Tiefsee. Rein theoretisch könnte man zwar einen Teil der Manganknollen, die die für uns so wertvollen seltenen Erden erhalten, „einfach wie Kartoffeln ernten“, wie man mir vor Jahren bei einem Besuch in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover erklärte - nur, dass diese Ernte nicht auf einem Acker an der Erdoberfläche, sondern halt mehrere Kilometer tief in überwiegend unbekanntem Terrain stattfinden würde. Und niemand kann bislang sagen, welche Folgen so eine „Ernte“ auf die Meereswelt als Ganzes hätte. Denn im Gegensatz zu einem Abbau an Land, wo Auswirkungen regional begrenzt bleiben, ist der Ozean ein Gesamtsystem. Daher wacht auch die Internationale Meeresboden-Behörde über alle Schritte in Richtung eines Tiefseebergbaus.

Aber vielleicht hat ja die aktuell diskutierte Kreislaufwirtschaft zur Folge, dass wir wesentlich umfangreicher als bisher recyceln und damit gar keinen zusätzlichen Bedarf an Rohstoffen haben?

## **Aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen in Kurzform:**

- **Im Trilog:**  
Europäischer Kodex für die elektronische Kommunikation, Sitz der EMA, ACER
- **Demnächst im Trilog:**  
Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich, Fairer Wettbewerb im Luftverkehr
- **Im Ausschuss:**  
HTA (Gesundheitstechnologien – Schattenberichterstatteerin), CO2 für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Clean Vehicles, Trinkwasserqualitäts-Richtlinie, Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt, ENISA, Mobility Package zum Straßengüterverkehr (Lenk- und Ruhezeiten - Schattenbericht, Entsendung, Maut, Kabotage), Clean Mobility Package (Kombinierter Verkehr, Öffnung des Fernbusmarktes), Bahnpassagierrechte, Gesetze zur Plastikstrategie, mein Bericht zur Revision der Richtlinie zu Hafenauffangvorrichtungen, CEF (Europäische Infrastrukturförderung für Transport, Energie und Digitalisierung), 9. Forschungsrahmenprogramm, InvestEU Programm 2021-2027, Single Window (elektronische Hafenfrachtpapiere)
- **Voraussichtlich noch vor der Sommerpause zu erwarten:**  
SPC Waiver (Patentschutz für Arzneimittel)



### *III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"*

#### **Bundesmitgliederversammlung der Liberalen Frauen in Erfurt**

Thüringens Hauptstadt zeigte sich nicht nur von seiner sonnigsten Seite, sondern auch noch in Feierlaune, als wir uns zur Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen im zum Kloster gehörenden schönen Neubau trafen: das Altstadtfest lockte neben uns viele Besucher aus der näheren und ferneren Umgebung an.

Katja Grosch, unsere alte und neue Bundesvorsitzende, hatte mit ihren Damen ein rundum stimmiges Programm organisiert mit Klosterführung auf den Spuren Martin Luthers, Mittagsimbiss im idyllischen Kreuzgang und der Versammlung in einem zwar modernen Saal, aber umgeben von lauter ehrwürdigen alten Büchern. Kein Wunder, dass wir auch inhaltlich tiefschürfend diskutierten - wobei natürlich die Kampagne „Die FDP soll weiblicher werden“ breiten Raum einnahm. Aber neben den Wahlen (an dieser Stelle nochmal herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten!) standen auch andere Themen auf der Tagesordnung wie Einführung der Widerspruchslösung bei Organspenden oder eine Reform der Ausbildung in der Physiotherapie, unterstützt durch eine Kammer auf Landes- und später auf Bundesebene.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung fand noch eine Veranstaltung zur Abschaffung des § 219a in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und des Thüringer Landesfrauenrats statt.

#### **Alle Jahre wieder: Vorlesung über Lebensmittelgesetzgebung in Bremerhaven**

Seit ein paar Jahren besuche ich regelmäßig den aktuellen Jahrgang Lebensmitteltechnologie unseres Parteifreundes und Bremer Landesvorsitzenden Professor Dr. Hauke Hiltz in Bremerhaven, um über aktuelle Gesetzgebung in meinen Ausschüssen zu berichten. Das geschieht im Rahmen der Einheit „europäische Gesetzgebung“. Hauke Hiltz hat dann jeweils schon das Prinzip der Verhandlungsabläufe zwischen den drei Institutionen Kommission, Parlament und Rat in Brüssel erläutert. Meine Aufgabe besteht darin, „Butter bei die Fische“ zu tun (wie man norddeutsch sagt) und das Ganze durch praktische Beispiele mit Leben zu füllen. Da ging es dieses Mal um Lebensmittelkennzeichnung, Hygiene-Verordnung, den Bräunungsgrad von Pommes Frites (eine aus meiner Sicht deutlich über das Ziel hinausgeschossene Regelung) und Eindämmung von Lebensmittelverschwendung als Teil der Abfall- und Kreislaufwirtschaft, aber auch um „artfremde“ Themen wie die Qualifizierung für Binnenschiffer, zu denen ich aber anschauliche Beispiele aus den damaligen Trilog-Verhandlungen liefern könnte.

Diese Ausflüge in die Hochschulwelt sind für mich nicht nur interessant, weil ich durch die Diskussion mit den Studentinnen und Studenten jedes Mal Anregungen oder neue Sichtweisen bekomme. Ich bin auch deswegen immer wieder gern dabei, weil das eine gute Möglichkeit ist jungen Menschen den Wert der EU näherzubringen.

## *IV. Terminvorschau*

25. - 28.06.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion
26.06.	Brüssel	SEARICA-Konferenz zu Lärm im Meer
27.06	Brüssel	SEARICA-Konferenz zu saubereren Schiffsmotoren
28.06	Brüssel	Drohnen-Konferenz
30.06.	Berlin	Bundesfachausschuss Gesundheit
2. - 5.07.	Straßburg	Fraktion, Plenum
9. - 12.07.	Brüssel	Ausschüsse

Abspraken für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.

Kontakt: [info@gesine-meissner.de](mailto:info@gesine-meissner.de); Tel.: 05103-706637

26. Juni 2018